



# Pressemeldung

Die Zuwendungsart der in Berlin angedachten Erhöhung des Kindergeldes um monatlich 10 Euro pro Kind wird vom Landeselternbeirat Rheinland – Pfalz nicht befürwortet.

Ein solcher Betrag, der in den Haushalts – Budgets der betroffenen Familien eher untergehen wird, würde den Staat in der Summe jährlich 2 Mrd. Euro kosten – ein Betrag, der wohl einen größeren Nutzen hätte, wenn er summarisch direkt in die Bildung investiert würde.

Begründet wird die Erhöhung des Kindergeldes unter anderem mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten und der damit einhergehenden verringerten Kaufkraft. Trotzdem sieht der LEB eine solche Erhöhung eher kritisch und als den berühmten Tropfen auf den heißen Stein. Von einem weiteren Ausbau der Ganztagschulen, zusätzlichen Lehrerplanstellen und einer verbesserten frühkindlichen Betreuung und Bildung profitiert das einzelne Kind und die ganze Gesellschaft mehr, denn dieses investierte Geld erspart wesentlich höhere Aufwendungen, um Bildungsdefizite in einem späteren Lebensalter wieder auszugleichen.

Ein höheres Kindergeld von 10 Euro im Monat ist eine Familienförderung nach dem „Gießkannenprinzip“ – jeder bekommt ein wenig, die Gesamtsituation unserer Kinder und Familien ändert sich jedoch nicht.

Der Landeselternbeirat fordert die Landesregierung auf, ihren Einfluss in Berlin dahingehend geltend zu machen, dass die „Gießkanne im Garten bleibt, wo sie hingehört“ und lieber den „Schlauch in die Hand zu nehmen“, um die Bildungschancen unserer Kinder zu verbessern.

Mainz, den 18.02.2008

*Landeselternbeirat Rheinland - Pfalz*